INDUSTRIELLENVEREINIGUNG OBERÖSTERREICH

wk/ooe sparte.industrie

PRESSEGESPRÄCH

WEICHENSTELLUNGEN IN DER ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

Dienstag, 13. Oktober 2020, 10.30 Uhr
Haus der Industrie, Linz

IHRE GESPRÄCHSPARTNER:

Dr. Axel Greiner
Präsident der Industriellenvereinigung OÖ

Mag. Erich Frommwald
Obmann der Sparte Industrie der WKOÖ

Dr. Joachim Haindl-Grutsch
Geschäftsführer der Industriellenvereinigung OÖ

Mag. Josef Schachner-Nedherer, MBA
Geschäftsführer der Sparte Industrie der WKOÖ

Industrieland Oberösterreich

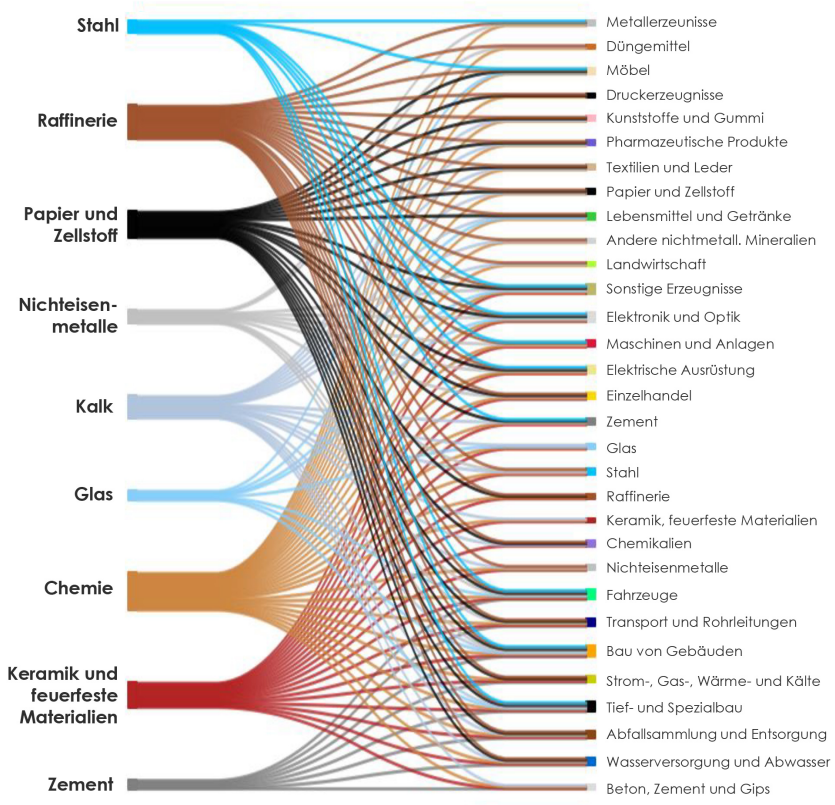
CARBON LEAKAGE VERHINDERN!

Globales Energiesystem in Richtung Klimaneutralität umbauen – Gesamtkostenbegrenzung der Energie- und Klimapolitik für heimische Industrie notwendig – Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandort Oberösterreich nicht gefährden – Versorgungssicherheit, Energieinfrastruktur und Technologieoffenheit wichtige Faktoren

Österreich und die Europäische Union haben sich für die kommenden Jahre und Jahrzehnte das Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen stark zu verringern. Die heimische Industrie ist weltweit führend bei der Energie- und Rohstoffeffizienz von Wertschöpfungsprozessen sowie als Entwickler von innovativen Energie- und Umwelttechnologien. Gleichzeitig ist sie der Motor der Wirtschaftsentwicklung in Österreich, weil sie direkt und indirekt für fast zwei Drittel der Arbeitsplätze im Land verantwortlich ist und für ca. drei Viertel der Investitionen und Forschungsaktivitäten sorgt. Die Industrie ist damit ein Schlüsselakteur einer erfolgreichen Transformation zu einem klimaneutralen Energie- und Wirtschaftssystem, die Arbeitsplätze schafft und unseren Wohlstand erhält bzw. ausbaut. „Wir bekennen uns zu einer faktenorientierten, technologieoffenen und global wirksamen Energie- und Klimapolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Industriestandortes erhält“, erklärt dazu **Dr. Axel Greiner, Präsident der Industriellenvereinigung Oberösterreich (IV OÖ**). „In jedem Fall muss verhindert werden, dass heimische Produktionen und damit Arbeitsplätze exportiert und gesteigerte CO_2-Emissionen aus anderen Weltregionen importiert werden. Auch eine ‚What-ever-it-takes-Mentalität‘ ist standort- und finanzpolitisch für Österreich der falsche Weg.“

Auf europäischer und nationaler Ebene stehen in den nächsten Wochen und Monaten umfassende Veränderungen in der Energie- und Klimapolitik am Programm. Dies umfasst beispielsweise den European Green Deal mit den Klimazielen bis 2030, das aktuell in Begutachtung befindliche Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG), neue gesetzliche Regelungen für die Bereiche Gas und Energieeffizienz, den notwendigen Ausbau der Stromnetze oder auch die zukünftige Gestaltung der Mobilität. „Für Oberösterreich als stärkstes Industriebundesland Österreichs mit einem hohen Anteil an energieintensiven Betrieben, beispielsweise in den Bereichen Stahl, Papier, Zement oder Chemie, sowie einer umfassenden Fahrzeug- und Maschinenbau-Industrie steht damit viel auf dem Spiel“, betont Greiner. „In der aktuellen Debatte fehlt eine Gesamtkostenbetrachtung aus den unterschiedlichen Energie- und Klimathemen völlig – jedes einzelne Thema bringt für sich erhebliche Mehrkosten für die Betriebe. Die Gefahr von Carbon-Leakage, also dem Abfluss von Arbeitsplätzen außerhalb Europas, ist sehr groß und wird dem durch Corona massiv belasteten heimischen Arbeitsmarkt zusätzliche Probleme bereiten.“ Die Grundstoffindustrie steht am Beginn der eng verflochtenen Wertschöpfungsketten – geht sie verloren hat dies massive Auswirkungen auf die verarbeitenden Branchen und damit auf die gesamte Wirtschaft und die verbundenen Arbeitsplätze. Die erst jüngst wieder aufgestellten Berechnungen über die Überkompensation durch hochsubventionierte ‚Green Jobs‘ haben sich schon in der Vergangenheit als falsch erwiesen. Grundsätzlich ist eine Definition von ‚Green Jobs‘ und eine Unterscheidung zwischen grünen und nicht-grünen Arbeitsplätzen in der Praxis weder möglich noch in einer eng vernetzten Wirtschaft sinnvoll – es ist politischer Populismus.

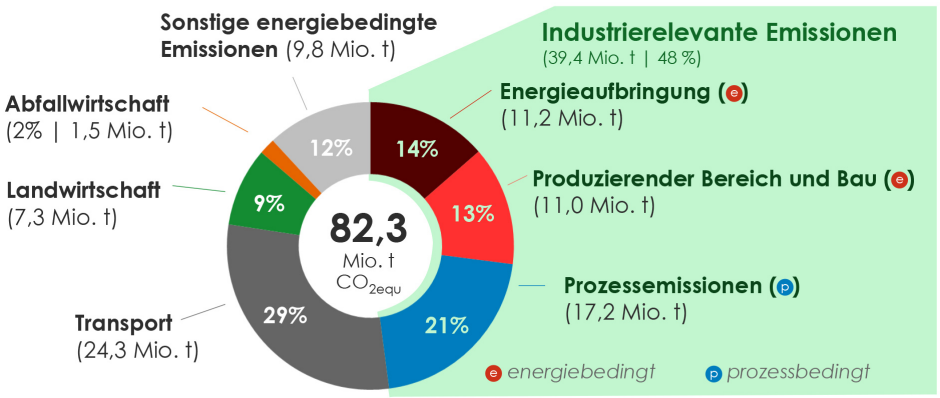
Verflechtung von industriellen Wertschöpfungsketten



Daten: Wyns, T., Khandekar, G., & Robson, I. (2018); bearbeitet von: Österreichische Energieagentur

Die OÖ. Industrie ist weltweiter Vorreiter bei Energie- und Umwelttechnologien und CO_2-effizienter Produktion. Laut einem Bericht des Umweltbundesamtes 2019 sind im Jahr 2017 rund 39,4 Mio. t CO_2-Äquivalente (CO_{2equ}) bzw. 48 Prozent der gesamten österreichischen Treibhausgasemissionen (82,3 Mio. t CO_{2equ}) auf die Industrie inklusive Energiesektor entfallen.

Treibhausgasemissionen in Österreich 2017[7]
(Einteilung basierend auf den Sektoren des Intergovernmental Panel on Climate Change Common Reporting Format / IPCC CRF)

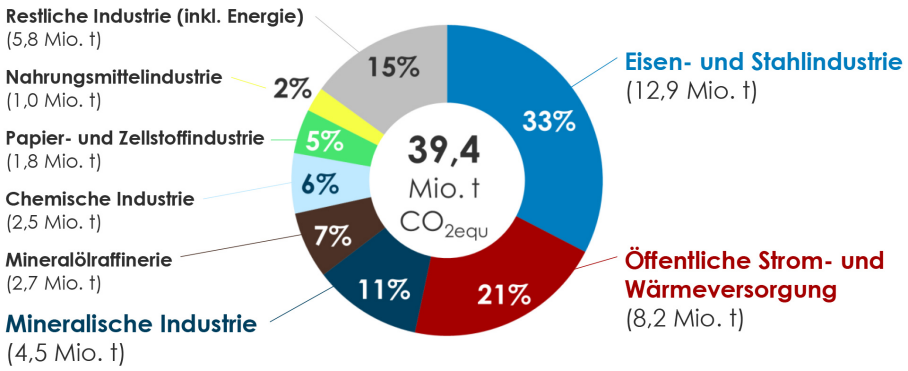


Daten: Umweltbundesamt, 2019

56 Prozent dieser industrierelevanten Emissionen (22,2 Mio. t CO_{2equ}) sind energiebedingt. Sie werden durch die energetische Verwertung von fossilen Brennstoffen ausgelöst. 44 Prozent der Emissionen (17,2 Mio. t CO_{2equ}) sind allerdings prozessbedingt (Hochofenprozess in der Stahlproduktion, Zement-, Kalk- und Magnesiumoxidherstellung). Die relevantesten Quellen für industrierelevante Treibhausgasemissionen sind die Eisen- und Stahlindustrie (33 %) sowie die Strom- und Wärmeversorgung (21 %), die Mineralische Industrie (11 %) sowie die Mineralölraffinerie (7 %).

In kaum einem anderen Land werden CO2-intensive Produkte wie Stahl, Zement oder Papier klimaschonender produziert als in Österreich. Auch bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen oder bei der Kreislaufwirtschaft zählt Österreich zu den Spitzenreitern weltweit.

Industrierelevante Treibhausgasemissionen in Österreich 2017 nach Branchen
(Einteilung basierend auf den Sektoren des IPCC Common Reporting Format)

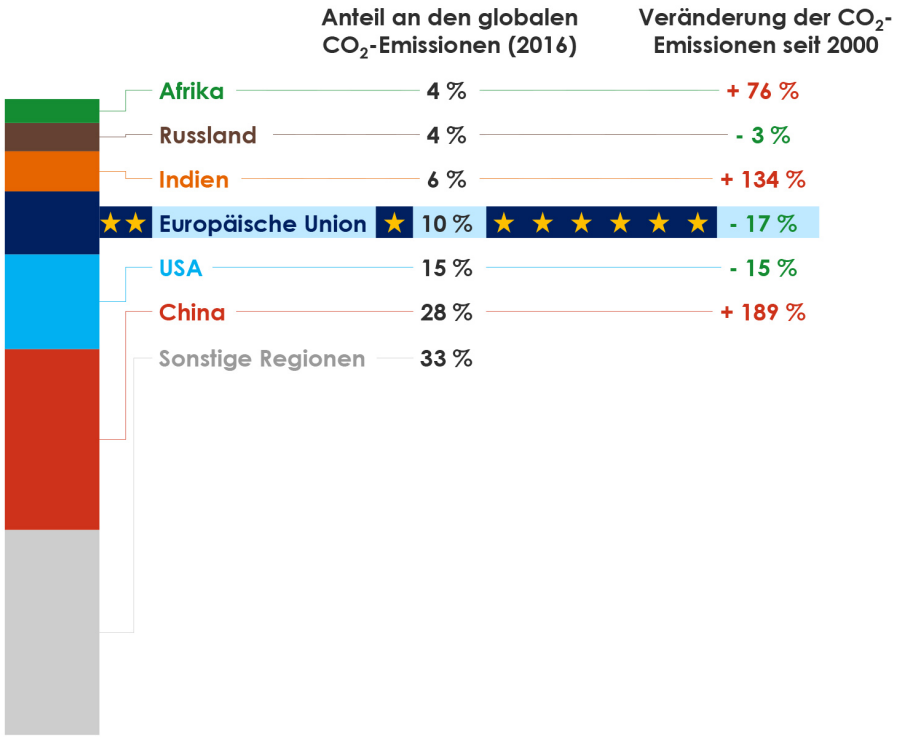


Daten: Umweltbundesamt, 2019

Aktuell wird auf europäischer Ebene über eine Verschärfung der geltenden klimapolitischen Ziele der EU für 2030 von -40 Prozent gegenüber 1990 auf -55 oder sogar -60 Prozent diskutiert. Schon -40 Prozent bedeuten die ambitionierteste Zielsetzung aller global relevanten Wirtschaftsräume im Rahmen des Pariser Abkommens. Eine weitere Verschärfung um 15 Prozentpunkte auf -55 bzw. -60 Prozent würde eine weitere Ziel-Verschärfung um 37,5 bzw. 50 Prozent bedeuten. Europa konnte in den letzten 30 Jahren erhebliche Fortschritte bei der Reduktion der CO_2-Emissionen in Relation zur Wirtschaftsleistung erzielen.

Ein akkordiertes globales Vorgehen ist unerlässlich, weil Österreich und die Europäische Union alleine selbst bei vollständiger Treibhausgasneutralität nur einen begrenzten direkten Beitrag leisten können: Rund 10 Prozent der globalen Emissionen entfallen auf Europa, Tendenz sinkend. Für den Großteil der industrierelevanten Treibhausgasemissionen (inkl. Energiesektor) besteht in Europa mit dem europäischen Emissionshandelssystem (EU ETS) ein marktbasiertes Instrument zur Reduktion der Emissionen. Mehr als ein Drittel der gesamten Treibhausgasemissionen Österreichs und 82 % der industrierelevanten Emissionen sind vom EU-Emissionshandel erfasst und unterliegen damit bereits seit 2005 einer EU-weiten CO_2-Bepreisung. Die aktuellen EU-rechtlichen Rahmenbedingungen sehen vor, dass diese Emissionen bis 2030 gegenüber 2005 um 43 Prozent reduziert werden.

Globale CO_2-Emissionen im Vergleich[3]



Daten: Internationale Energieagentur, 2018

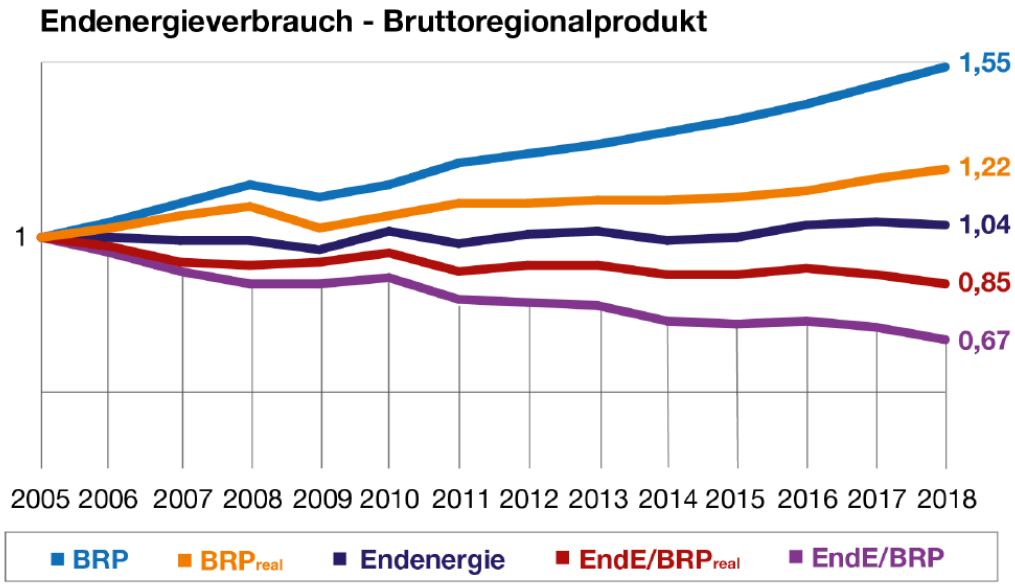
Die aktuell diskutierten Ziele bis 2030 stehen immer noch ohne konkrete Maßnahmen und Aufteilungen auf Länder und Sektoren im Raum, eine Zielerreichung innerhalb dieses Jahrzehnts ist mit vielen Fragezeichen versehen. Mit den Klimazielerhöhungen unmittelbar verbunden sind Erhöhungen der Ziele der EU-Mitgliedsstaaten, die Steigerung der Zielsetzungen im Emissionshandel verbunden mit höheren Zertifikate-Preisen sowie die Erhöhung des PKW-Flottenverbrauchsziels der Automobilhersteller.

Mag. Erich Frommwald, Obmann der Sparte Industrie der WKOÖ:

„Die oberösterreichische Industrie leistet durch bedeutende Investitionen in den Klima- und Umweltschutz einen zentralen Beitrag hin zu einer treibhausgasneutralen und nachhaltigen Gesellschaft. Sie ist der Motor der heimischen Wirtschaft und Garant für den Wohlstand und Lebensqualität in Oberösterreich," sagt Spartenobmann Mag. Erich Frommwald.

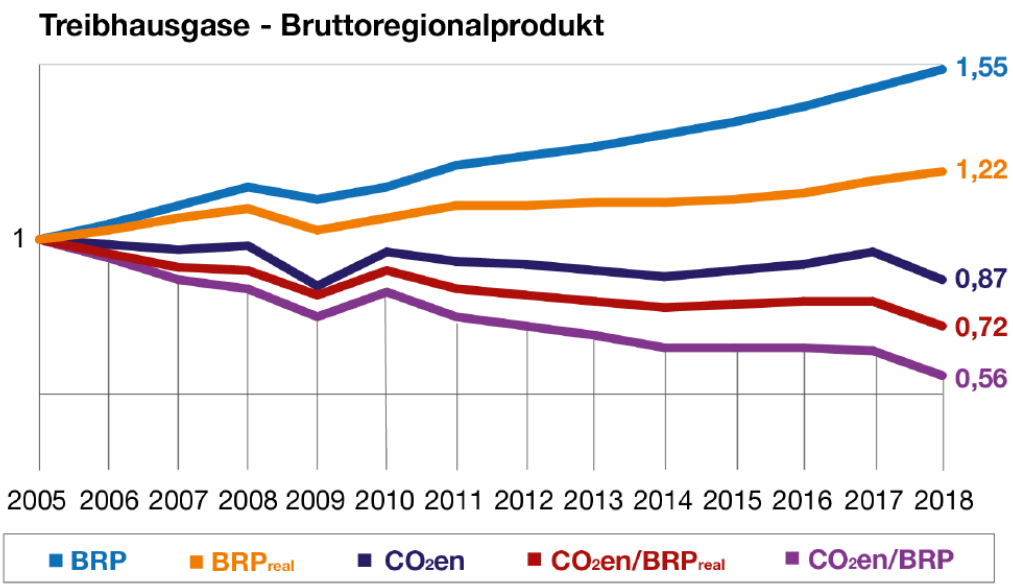
ENTKOPPELUNG DES BRUTTOREGIONALPRODUKTS VON ENDENERGIEVERBRAUCH UND TREIBHAUSGASEMISSIONEN

Heimische Unternehmen investieren laufend in Energieeffizienz und Klimaschutz, wodurch ein bedeutender Beitrag zur Treibhausgasreduktion geleistet wird. Dies dokumentieren die entsprechenden Kennzahlen für Oberösterreich eindrucksvoll. So hat das Bruttoregionalprodukt zwischen 2005 und 2018 real um 22 Prozent zugenommen (BRPreal), während der Endenergieverbrauch nur leicht anstieg. „Die Energieintensität, die den Endenergieverbrauch ins Verhältnis zum realen Bruttoregionalprodukt setzt, konnte so in diesem Zeitraum um 15 Prozent verbessert werden," hebt Frommwald hervor.



Quelle: Land OÖ - Oberösterreichischer Energiebericht Berichtsjahr 2019

Darüber hinaus ist die weitgehende Entkopplung des BRP von den energiebedingten Treibhausgas-Emissionen äußerst bemerkenswert. So konnte eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 13 Prozent zwischen 2005 und 2018 erreicht werden. „Der spezifische Wert, der sich aus den CO_2-Emissionen im Verhältnis mit dem realen Bruttoregionalprodukt errechnet, konnte so in diesem Zeitraum um 28 Prozent verbessert werden," erläutert Frommwald.



Quelle: Land OÖ - Oberösterreichischer Energiebericht Berichtsjahr 2019

PRODUKTION IN ÖSTERREICH HAT POSITIVE EFFEKTE AUF DIE GLOBALE KLIMABILANZ

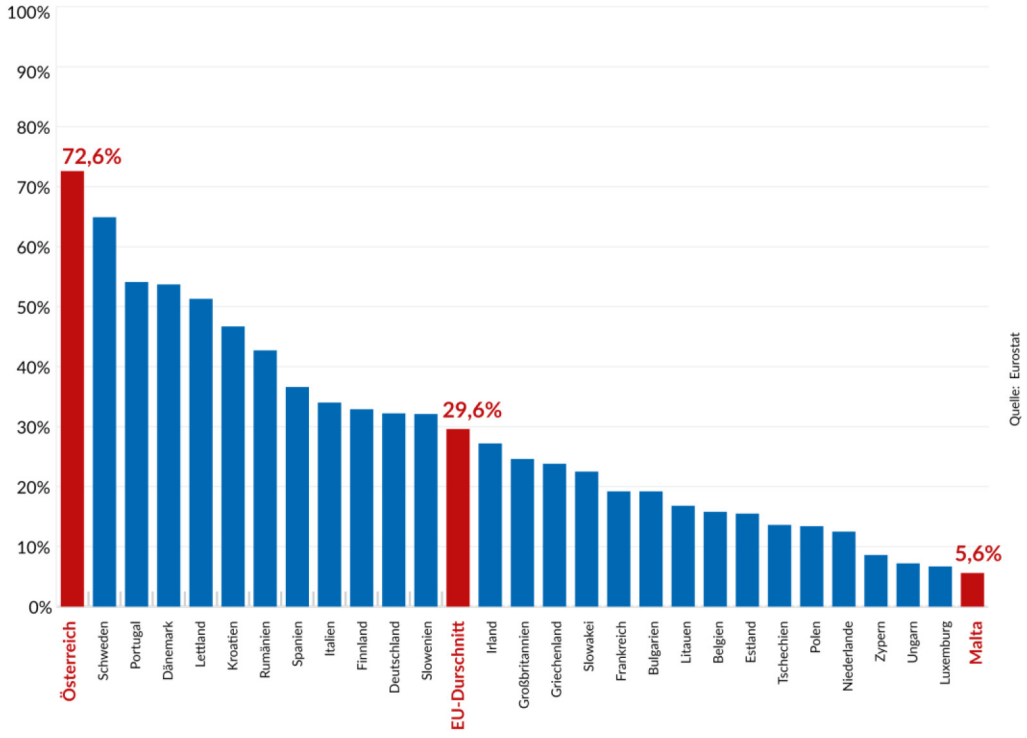
„Treibhausgas-Emissionen (THG-Emissionen) machen vor nationalen Grenzen nicht Halt," betont der Industriespartenobmann. Das wesentliche Ziel im Kampf gegen den Klimawandel ist daher, Beiträge zur globalen THG-Reduktion zu liefern. Werden Güter konsumiert, so entstehen Emissionen durch Produktion und Transport oft an ganz anderen Orten dieser Welt. Der so entstehende „CO_2-Rucksack" eines Produkts kann mittlerweile sehr gut berechnet werden – und damit seine globale Gesamtbelastung. Die Studie climAconsum zeigt, dass sich in einer solchen konsumbasierten Betrachtung die österreichische THG-Bilanz massiv verschlechtert, nämlich um +50 Prozent CO2, da viele Importgüter einen hohen CO_2-Rucksack mit sich tragen. Ebenso zeigt sich, dass vergleichbare Güter aus österreichischer Herstellung bei der Produktion deutlich weniger THG emittieren – u.a. aufgrund der fortschrittlichen Produktionsmethoden, der hohen Effizienz und des guten Energiemixes.

Eine weiterführende Studie zeigt die positiven Auswirkungen auf die globale Klimabilanz, wenn weniger Zwischenprodukte importiert und diese stattdessen in Österreich hergestellt werden. Dies bedeutet zwar, dass die nationalen Emissionen steigen, aber: 1 Tonne an Mehremissionen in Österreich durch verstärkte Produktion von Zwischenprodukten bringt eine Einsparung von 1,9 Tonnen an THG-Emissionen auf globaler Ebene.

STROM ALS WICHTIGSTE ENERGIEFORM

Einen wesentlichen Faktor zur Reduktion von energiebedingten Emissionen der Industrie inkl. Energiesektor stellt die Substitution fossiler durch erneuerbare Energieträger dar. Strom ist im Österreich-Mix schon weitgehend erneuerbar und eignet sich kurz- und mittelfristig für die Reduktion von Emissionen: Laut Eurostat hat Österreich in der EU den höchsten Anteil an Strom aus erneuerbaren Energiequellen, der im Jahr 2019 von zuvor rund 73 Prozent (siehe Grafik) auf rund 78 Prozent weiter gesteigert werden konnte.

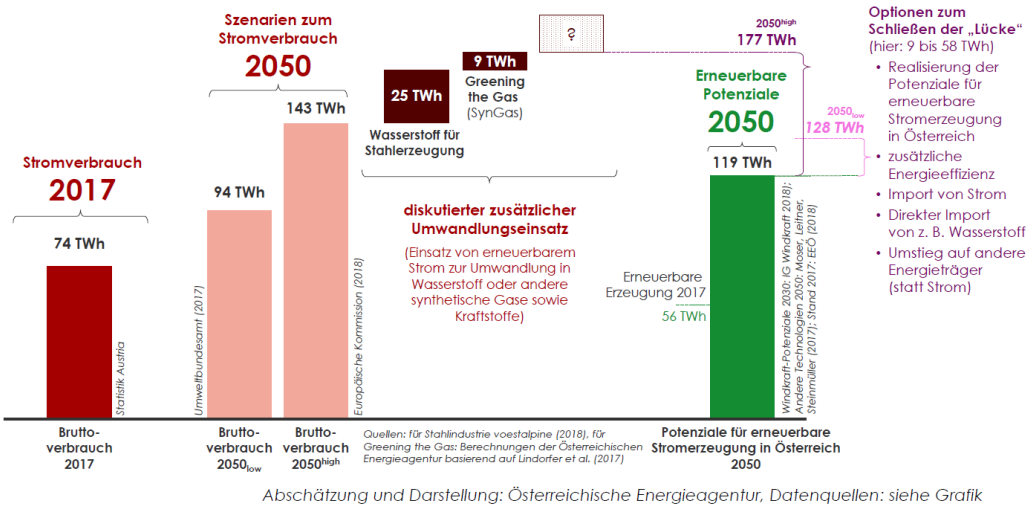
Strom aus erneuerbaren Energiequellen / Bezugsjahr 2018



Quelle: Eurostat, 2019

Es ist zu erwarten, dass der Strombedarf generell stark ansteigen wird, wobei besonders der Transportbereich zum Treiber des steigenden Stromverbrauchs wird. Eine Verbrauchssteigerung ist aufgrund der Elektrifizierung der Wärme- und Kälteversorgung auch in anderen Sektoren zu erwarten. Betrachtet man die Zeit bis 2050 gehen Szenarien bzw. deren Umlegung auf Österreich davon aus, dass dieser Bedarf auf 94 bis 143 TWh (Bruttostromverbrauch) im Jahr 2050 anwachsen könnte. Der Stromverbrauch der Industrie wird dabei auf 27 bis 44 TWh (Endenergie) geschätzt. Dieser Bruttostromverbrauch wäre noch um den Strombedarf zur Umwandlung von elektrischer Energie in Wasserstoff oder andere synthetische Gase sowie Kraftstoffe zu erweitern. Schätzungen der Österreichischen Energieagentur zufolge könnte das in einem Gesamtstrombedarf 2050 von 128 bis 177 TWh resultieren.

Aus heutiger Perspektive liegt das Gesamtpotenzial für inländische Stromerzeugung auf Basis von erneuerbaren Energiequellen im Jahr 2050 bei rund 119 TWh. „Die Realisierung dieses Potenzials muss in einer Art und Weise erfolgen, die gewährleistet, dass der Bezug des erneuerbaren Stroms durch die Industrie zu Kosten erfolgen kann, die ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährdet," fordert Spartenobmann Frommwald.



Quelle: WKÖ BSI und IV - Im Wettbewerb um die Zukunft

EAG: WETTBEWERBSORIENTIERTE AUSGESTALTUNG NOTWENDIG

Die Bundesregierung hat sich das hoch ambitionierte Ziel gesetzt, bis 2030 die Stromversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen umzustellen. Dabei sollen Leistungen zugebaut werden, die eine jährliche Energiemenge von 27 TWh generieren. Den gesetzlichen Rahmen bildet hierbei das Erneuerbare Ausbau Gesetz (EAG), das sich derzeit in Begutachtung befindet und für die Industrie von besonderer Bedeutung ist. „Wir unterstützen den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien auf Basis eines entsprechenden Gesetzes, sehen aber noch wesentlichen Bedarf nachzuschärfen,“ informiert Frommwald. Konkret betrifft dies vor allem folgende Punkte:

- **Fördereffizienz verbessern:** Im aktuellen Begutachtungsentwurf ist leider kaum eine Umstellung auf ein wettbewerbliches Ausschreibungssystem vorgesehen, obwohl dieses System von der EU als Standard vorgesehen ist. Die von der Industrie stets geforderte technologieoffene Ausschreibung findet sich im EAG leider nicht.

- **Netzreserve für Industrie zugänglich machen:** Die erweiterte Teilnahme an der Netzreserve für Erzeugungsanlagen wird grundsätzlich begrüßt, jedoch sieht das EAG-Paket vor, dass eine temporäre oder endgültige Stilllegung der Anlage bzw. Teilkapazitäten der Anlage bereits 15 Monate im Vorhinein dem Regelzonenführer anzuzeigen sind. Für die oberösterreichische Industrie stellt dieser Prozess ein Ausschlusskriterium dar und muss durch eine zusätzliche, kurzfristige, flexible und praktikable Lösung ergänzt werden. Des Weiteren sollen neben Erzeugungsanlagen auch Entnehmer (und Aggregatoren) durch Verbrauchssteuerung in die Netzreserve eingebunden werden. Die oberösterreichische Industrie begrüßt die Möglichkeit Entnehmer in die Netzbewirtschaftung einzubinden, lehnen jedoch eine Mindestzeitspanne von 12 Stunden für die Verbrauchsreduktion ab. Eine praktikablere Lösung ist hierbei durch deutlich flexiblere Handhabe ohne Mindestzeitvorgabe zu schaffen.

- **Fördersumme deckeln:** Der derzeitige Begutachtungsentwurf sieht eine Fördersumme von 1 Mrd. Euro im Dreijahresdurchschnitt vor, die jedoch bei Bedarf unter gewissen

Umständen erhöht werden kann. Dabei ist zu beachten, dass die Obergrenze von 1 Mrd. Euro pro Jahr im Dreijahresdurchschnitt auf den Fall ausgelegt ist, dass die Strompreise sehr niedrig sind. Trotzdem darf es keine Überschreitung der Fördersumme geben. Notfalls muss es zu Kürzungen im Folgejahr kommen. Weiter sollten Förderungen und Investitionszuschüsse zur Errichtung und Umrüstung zur Erzeugung von erneuerbarem Gas in der jährlichen Fördersumme von 1 Mrd. Euro enthalten sein.

Experten prognostizieren, dass der Erneuerbaren Förderbeitrag (früher Ökostromförderbeitrag) um rund 50 Prozent steigen wird. „Die OÖ Industrie rechnet mit einer Mehrbelastung aus dem EAG in der Höhe eines dreistelligen Millionenbetrages. Zur zumindest teilweisen Vermeidung dieser befürchteten Zusatzkosten sollte eine Kompensation indirekter CO_2-Kosten für die Industrie erfolgen," so Erich Frommwald.

SICHERE ENERGIEVERSORGUNG IST ENTSCHEIDENDER STANDORTFAKTOR

Die sichere Versorgung mit Strom ist für das Industriebundesland Oberösterreich ein entscheidender Standortfaktor. Mit einer überdurchschnittlich hohen Versorgungssicherheit zählt Österreich zu den bestversorgten Ländern der Welt, trotzdem steigt das Risiko eines „Blackouts" durch unterschiedliche Einflüsse stark an. Schon jetzt muss an rund 300 Tagen der Regelzonenführer Austrian Power Grid in die Fahrpläne eingreifen. Ein mehrtägiges und großflächiges Blackout hätte dramatische Folgen für Unternehmen und Gesellschaft. Die Auswirkungen reichen von Produktionsausfällen bis hin zum Zusammenbruch der gesamten Infrastruktur.

LEISTUNGSFÄHIGE NETZE UND SPEICHER ERFORDERLICH

In Österreich wird ein Großteil des Windstroms derzeit im Osten produziert. Große Verbraucherzentren wie etwa die OÖ. Industrie oder aber die wichtigen Pumpspeicheranlagen befinden sich jedoch in anderen Teilen des Landes. Wenn also der rasante Ausbau von Erneuerbaren Energien vorangetrieben werden sollte, erfordert dies auch einen beschleunigten Ausbau der Strominfrastruktur als Rückgrat der sicheren Stromversorgung.

Einerseits benötigen wir neben einer starken Netzinfrastruktur, auch zusätzlich flexible Speicherkapazitäten wie zum Beispiel das geplante Pumpspeicherkraftwerk in Ebensee oder auch einen Speicher am Pfenningberg. Andererseits könnten Industriebetriebe durch die Einbindung Ihrer Erzeugungsanlagen und Verbrauchssteuerung einen aktiven Part in der Netzbewirtschaftung übernehmen und somit die Netze stützen.

Die OÖ. Industrie unterstützt grundsätzlich den Ausbau von erneuerbaren Energien, sofern eine leistbare und sichere Versorgung mit elektrischer Energie gewährleistet wird. Jedoch werden zum Ausgleich von volatilen Energiequellen, wie beispielsweise Wind- und PV-Anlagen, flexible Lösungen, die in Dunkelflauten Strom generieren wichtiger denn je.

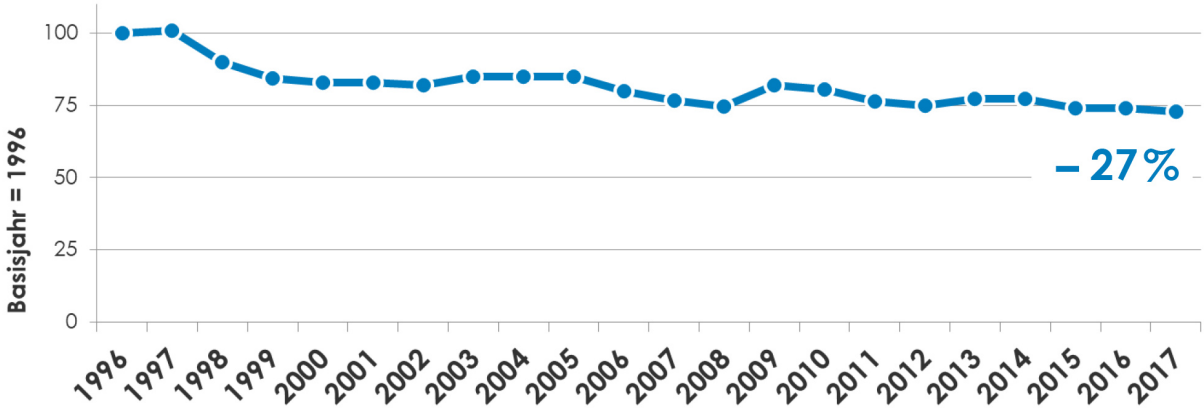
„Die sichere Versorgung mit Strom stellt die Grundlage für ein funktionierendes System dar und muss als entscheidender Standortfaktor auch in Zukunft erhalten bleiben, wobei auch wettbewerbsfähige Preise und eine ressourcenschonende Erzeugung im Auge behalten werden müssen", so Spartenobmann Erich Frommwald abschließend.

Dr. Axel Greiner, Präsident der Industriellenvereinigung OÖ:

INDUSTRIE ALS VORREITER BEI ENERGIEEFFIZIENZ

Mehr Energieeffizienz ist ein Schlüssel dafür, das Energiesystem möglichst klimaneutral zu gestalten. Auf betrieblicher Ebene ist sie ständiger Wegbegleiter, um die Kosten der Produktionsprozesse und der Gebäude und Einrichtungen möglichst gering zu halten. Die intelligente Nutzung von Energie reduziert den Gesamtbedarf an Energie – und damit auch einen etwaigen Ausbau. Gegenüber 1996 ist die Endenergieintensität der österreichischen Industrie (bezogen auf den Produktionsindex) bereits um 27 Prozent gesunken.

Endenergieintensität der österreichischen Industrie
bezogen auf den Produktionsindex
(1996 = 100)



Daten: Statistik Austria, 2018

„Der Industrie ist es in den letzten Jahrzehnten gelungen, Wertschöpfung und den dafür notwendigen Energieeinsatz durch umfassende Investitionen in Energiesparmaßnahmen zu entkoppeln“, betont Greiner. Nach dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz ist als nächster Schritt die Novelle des Energieeffizienzgesetzes auf der politischen Tagesordnung. Aus der Sicht der Industrie kommt daher auch diesem Thema eine entscheidende Bedeutung zu. Die Kosteneffizienz der Maßnahmen muss in Hinsicht auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes im Mittelpunkt stehen. Auch im neuen Energieeffizienzgesetz sind weitere Kostenbelastungen zu erwarten.

DIE MOBILITÄT DER ZUKUNFT TECHNOLOGIEOFFEN GESTALTEN

55 Prozent der österreichischen Fahrzeugindustrie sind in Oberösterreich angesiedelt, die damit neben der metalltechnischen Industrie der zentrale Wirtschaftssektor des Bundeslandes ist. Die Transformation der Mobilität und die Gestaltung der gesetzlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen hat damit wesentlichen Einfluss auf Wertschöpfung und Arbeitsplätze in unserem Bundesland. Basis für eine Transformation des Mobilitätssystems und erste Priorität ist die Steigerung der Effizienz der Mobilität. Eine Gesamtbetrachtung des Energie- und Rohstoffeinsatzes sowie der Emissionen ist erforderlich. Die entsprechenden Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass technologieoffen nach der sinnvollsten Antriebsart für den jeweiligen Mobilitätszweck gesucht und gefördert wird. Ein

technologieoffener und energieneutraler Ansatz ist deshalb Grundvoraussetzung. Erneuerbare Energie ist ein zentrales Element für die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen. Wind- und Sonnenenergie kann auch in synthetischen Kraftstoffen gespeichert und transportiert werden, synthetische Kraftstoffe sind deshalb eine weitere Alternative in der Mobilität der Zukunft. Elektrifizierte Fahrzeuge benötigen nicht nur zusätzliche Mengen an elektrischem Strom, sondern auch eine neue Infrastruktur. Die dafür notwendigen Hochspannungsleitungen und Ladestationen müssen gebaut werden. Synthetische Kraftstoffe haben – produziert aus großen Mengen von grünem Überschussstrom – den Vorteil umfassend vorhandener Lager- und Transportkapazitäten.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER INDUSTRIE ERHALTEN

Unterschiedliche globale und nationale Ambitionsniveaus bei der Implementierung von Klimaschutzmaßnahmen und deren Auswirkungen auf die Energie-, Rohstoff- und Mobilitätskosten für Betriebe können dazu führen, dass Industrieunternehmen von Ländern mit stringenteren Rahmenbedingungen in Länder mit weniger stringenten Maßnahmen abwandern. Neben den daraus resultierenden volkswirtschaftlichen Effekten (Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum) hat dies einen potenziellen negativen Effekt auf die Bemühungen zur Emissionsreduktion („Carbon Leakage“). Resümierend lassen sich fünf zentrale Eckpfeiler definieren, damit die heimische Industrie in Österreich eine Zukunft hat:

- Begrenzung der Gesamtkostenbelastung aller Teilbereiche der Klimaschutzpolitik für die im globalen Wettbewerb stehende heimische Industrie und Fixierung von entsprechenden Kompensationsmaßnahmen.

- Ein globales Level Playing Field bei den Kosten für CO2-Emissionen (EU ETS-Zertifikatskosten, Benchmarking-System, Carbon Border Adjustment Mechanism).

- Die Verfügbarkeit von ausreichend erneuerbarer Energie und ausreichend alternativen Einsatzstoffen (z.B. Wasserstoff) zu möglichst günstigen Preisen. Nutzung der jeweils besten Voraussetzungen für den Ausbau von Wasserkraft, Windkraft, Biomasse und Photovoltaik in Europa und den Nachbarregionen inkl. Produktion von Wasserstoff und synthetischen Treibstoffen.

- Um die Versorgungssicherheit sicherzustellen, bedarf es der entsprechenden Infrastruktur (Erzeugung, Speicher, Transport). Die extrem ambitionierten politischen Klimaziele müssen auch rasche Genehmigungsverfahren nach sich ziehen (z.B. 380 KV-Leitung in Salzburg, Stromnetz-Masterplan Oberösterreich), bestehende Infrastruktur (z.B. Gasnetz) muss erhalten bleiben.

- Auf Basis der politischen Zielsetzungen technologieoffene Entwicklung der verschiedenen Formen der Mobilität der Zukunft – Wirksamkeit von Marktmechanismen gewährleisten und nicht durch einseitige Förderpolitik Technologien aus dem Markt drängen.

Rückfragehinweis:

Industriellenvereinigung Oberösterreich / Tel. (0732) 78 19 76-0
Dipl.-Ing. Dr. Joachim Haindl-Grutsch / joachim.haindl-grutsch@iv.at

Sparte Industrie der WKOÖ / Tel. (0)5 90 9 09-4200
Mag. Josef Schachner-Nedherer, MBA / josef.schachner@wkooe.at